

Wolf Wagner

Alltag und Politik in den USA

1. Was ist das Problem?

Als sechzehnjähriger Schüler hatte ich 1960 ein Stipendium des American Field Service für ein Jahr Aufenthalt in den USA erhalten. Ich verbrachte dieses Jahr in einer amerikanischen Familie in Süd Dakota, besuchte dort das letzte Jahr der High School und erhielt den Abschluss richtig mit Talar und Doktorhut.

Meine Lehrer in Deutschland hatten mich gewarnt vor den USA. Es sei ein Land ohne Kultur und Geschichte, oberflächlich, ungebildet und nur dem Geld verfallen. Aber Amerika beschämte mich mit diesen in den Meinungen, die ich aus Deutschland mitgebracht hatte. Ich musste sie durchweg revidieren. Obwohl ich in der tiefsten Provinz untergebracht war – die Dakotas sind etwa so groß wie Deutschland, haben aber weniger als 1,5 Millionen Einwohner – traf ich in der Kreisstadt, in der ich lebte, unter den etwa 1400 Einwohnern und unter den Farmern aus der Umgebung auf sehr gebildete und welterfahrene Menschen, die ich in keinem deutschen Dorf dieser Größe angetroffen hätte. Sechzig Prozent eines Jahrganges schlossen damals in Süd Dakota die High School ab, 40 Prozent besuchten die Universität oder ein College während in Deutschland damals gerade einmal sechs Prozent eines Jahrganges ein Hochschulstudium begannen. Das Bewusstsein für Geschichte war ausgeprägter als in Deutschland: Wo es etwas zu erinnern gab, standen „Historical markers“, Denkmäler oder Museen. Das Ganze war sehr patriotisch, aber im deutschen Gymnasium hatte ich auch nichts über den „homestead act“ oder den „Missouri compromise“ gelernt. Überall um mich her wussten die Menschen sehr genau bescheid über ihre eigene Familiengeschichte, während ich gerade noch die Herkunft meiner Großeltern kannte. kaum eine Ahnung hatte von der Geschichte meiner Familie.

Das Gefühl von Überlegenheit und die gewisse Arroganz, mit denen ich nach Amerika gekommen war („Die haben das Geld und wir die Kultur“), machten bald einem großen Respekt und dann einer Begeisterung Platz. Ich bewunderte die Großzügigkeit und Freundlichkeit der Menschen. Ich war begeistert davon, dass sie mich mit meinen sechzehn Jahren ernst nahmen und mir zuhörten und mich förderten und unterstützten als einem Gleichen unter Gleichen. In Vereinen, Kirchen und Schule wurden alle Angelegenheiten nach demselben Geschäftsordnungsverfahren perfekt demokratisch entschieden. Amerika schien mir die Erfüllung des Versprechens der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung: Gleich und frei geschaffene Menschen, die ihr Leben nach eigenem Willen gestalten.

Als ich 1961 zurückkam nach Deutschland traf ich dort auf die gleichen anti-amerikanischen Einstellungen, mit denen ich weggeschickt worden war. Und niemand wollte mir zuhören und sich korrigieren lassen. Meine Reaktion war, dass ich keiner Amerika-Kritik mehr glaubte. Ich billigte alles, was die USA taten, selbst die Invasion der Dominikanischen Republik im Jahr 1965 mit 20 000 Marines unter der schon damals skandalösen Begründung, die siegreiche Fraktion im Bürgerkrieg beherberge einige Kommunisten und Hitler habe schließlich auch mit wenigen Mitgliedern angefangen. Logischer Weise unterstützte ich auch den Krieg in Vietnam. Amerika, das war meine Erfahrung in Süd Dakota. Für mich war es glaubhaft, dass Amerika in Vietnam und Lateinamerika die Demokratie und Freiheit verteidigte, die ich in Süd Dakota erlebt hatte.

Dann kam die Studentenbewegung und ich las andere Bücher. Ich erfuhr vom Sturz des demokratisch gewählten Premier Mosaddeq im Iran und die Einsetzung des Schahs von Persien als Diktator durch England und Amerika. Ich erfuhr von den wiederholten Interventionen der amerikanischen Streitkräfte in Lateinamerika wie damals in Santo Domingo zur Stützung rechter Diktaturen im Interesse der United Fruit Company und anderer Geschäftsinteressen in diesen Ländern. Ich erfuhr von der menschenfeindlichen und korrupten Herrschaft des Diktators Batista auf Kuba als Statthalter amerikanischer Geschäftsinteressen und von seinem Sturz durch Fidel Castro. Ich verstand wie Castro durch die amerikanische Außenpolitik bis hin zur Invasion in der Schweinebucht immer mehr zu einem diktatorischen Notstandsregime und an die Seite der Sowjetunion gezwungen wurde. Nach und nach zerbrach mein Idealbild von den USA. Auch innenpolitisch war nicht alles zum Besten bestellt: Der Congress war in den sechziger und siebziger Jahren von weißen Senatoren der Demokratischen Partei aus den Südstaaten beherrscht, die dort seit Jahrzehnten faktisch eine rassistische Einparteienherrschaft errichtet hatten, die ihre Wiederwahl garantierte und ihnen wegen des Senioritätsprinzips den Vorsitz in allen wichtigen Ausschüssen sicherte. Ich beobachtete wie die amerikanischen Großstädte verkamen und wie die Farbigen im gewaltlosen Widerstand aber auch in verheerenden Rassenkrawallen gegen ihre Benachteiligung kämpften. Mir wurde klar, dass die sozialstaatlichen Selbstverständlichkeiten Deutschlands in Amerika keinesfalls selbstverständlich waren. Hätte sie dort jemand vorgeschlagen, wäre er des Kommunismus beschuldigt worden. Über ein Drittel der Bevölkerung hatte keine Krankenversicherung mit steigender Tendenz. Meine Begeisterung schlug ins Gegenteil um. Jetzt hielt ich Amerika für ein eigentlich faschistisches Land – so wie damals für die 68er Generation alles faschistisch war, was sich nicht als linksradikal gab.

Entsetzt war ich auch über meine eigene Naivität, dass ich zuvor so für Amerika geschwärmt hatte.

Dann fuhr ich wieder hin in die Vereinigten Staaten, besuchte meine Gastfamilie und traf mit meiner neu gewonnen Skepsis und Kritik dennoch auf dieselben Menschen und Verhältnisse, die mich zuvor so begeistert hatten. Sie waren immer noch unvorstellbar großzügig, freundlich, aufgeschlossen, gutwillig, freiheitswütig und selbstbewusst kritisch gegen die Politik in Washington gleichgültig wer die Regierung stellte. Sie regelten immer noch ihre Angelegenheiten in Vereinen, Kirchen und Gemeinden skrupulös demokratisch und engagierten sich für ihr Land, für ihre lokale Schule, Gemeinde und Kirche in vorbildlicher Weise. Das waren keine Faschisten. Das waren echte Demokraten.

Wie konnte das zusammengehen: Auf der einen Seite eine höchst problematische und häufig antidemokratische Regierungspolitik und gleichzeitig auf der anderen Seite eine höchst demokratische und freiheitliche Politik auf der lokalen und zivilgesellschaftlichen Ebene? Das war mein Problem, an dessen Lösung ich mehrere Jahre arbeitete bis ich 1977 die Lösung fand und sie in „Leviathan“, einer Zeitschrift für Sozialwissenschaft veröffentlichte (Wagner 1977). Die Lösung des Problems ist bis heute relevant. Anfang April fand die Washington Post in einer repräsentativen Telefonbefragung, dass 80 Prozent der Befragten den Krieg im Irak auch dann unterstützten, wenn sich dort keine Massenvernichtungswaffen fänden (Webpage der American Post vom April 2003). Diese überwältigende Unterstützung für einen völkerrechtlich überhaupt nicht gedeckten Präventivkrieg mit moralisch unzutreffender Begründung stellt viele Menschen in der Welt vor das gleiche Problem, das ich in all den Jahren zu lösen versuchte: Wie kann eine intern so hoch entwickelte und bewährte Demokratie gleichzeitig eine Außenpolitik zulassen und unterstützen, die rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien häufig eklatant widerspricht?

Die Antwort auf diese Frage ist in der Analyse des amerikanischen Alltags zu finden. Der unterscheidet sich nämlich in einigen wichtigen Punkten ganz erheblich von dem in Deutschland und Europa. Die meisten Amerikaner leben auf Inseln extremer Gleichheit und Harmonie so wie ich sie in Süd Dakota erlebt hatte und nehmen wie ich damals diese für die ganze Wirklichkeit der USA, denn die Welt außerhalb der Inseln wird als feindlich, fremd und eigentlich „unamerikanisch“ wahrgenommen. Diese Inseln stellen sich quasi ungewollt und automatisch immer wieder her, weil die meisten Amerikaner die Häuser besitzen, in denen sie wohnen, und diese als Investitionsobjekte ansehen, auf die man Kredite aufnehmen kann für die Ausbildung der Kinder oder für die Altersversorgung. Im alle zehn Jahre durchgeführten Census wurde im Jahr 2000 mit 66,2 Prozent die bisher höchste

Eigentümerquote erreicht. In Deutschland lag diese laut Angaben des Bundesamtes für Statistik bei 40,5 Prozent. Man zieht nicht nur wie bei uns vor allem aus beruflicher Mobilität um, sondern auch wenn man in eine höhere Gehaltsklasse kommt und sich ein teureres Haus leisten kann. Der statistische Vergleich ist schwierig, weil in Deutschland nur die Umzüge über Gemeindegrenzen statistisch erfasst werden. Aber aus Repräsentativbefragungen kann man schließen, dass Amerikaner drei bis viermal so häufig umziehen wie Europäer (Auskunft Allensbach und Emnid). So ebnet das Umzugsverhalten in Amerika anders als in Deutschland entstandene Unterschiede schnell wieder ein. Besserverdienende ziehen weg in Gegenden mit höherem Einkommen, Geringerverdienende ziehen in ein billigeres Haus um Geld zu sparen oder etwa um mit dem Gewinn aus dem Verkauf einen neuen Start zu versuchen. So entstehen immer wieder neu mehr oder weniger ausgedehnte Nachbarschaften, in denen Menschen mit extrem gleichen Lebensbedingungen, Berufsgruppen, ethnischer Zugehörigkeit und Religion zusammen wohnen. Wegen der geringen sozialen Unterschiede kommt es auch kaum zu Interessengegensätzen oder Konflikten, die nicht in höchst demokratischem Verfahren einfach zu lösen wären. Meine Süd Dakota Erfahrung stellt sich so selbst in den Vororten und den hierarchisch gestuften innerstädtischen Wohngebieten der amerikanischen Metropolen her. Innerhalb der Insel herrscht Demokratie, Gleichheit und Harmonie. Außerhalb der Inseln herrscht Macht und Konkurrenz, Ungleichheit und Gewalt. Die Grenze der Insel wiederholt das Grenzlanderlebnis der Frontier, das die Geschichte der USA als Mythos geprägt hat: Hier das zivilisierte Gebiet, in dem die Gesetze der USA gelten, dort das unzivilisierte Indianerland, in dem man sich sein Recht mit Faust und Waffe erkämpfen muss. Außerhalb der Insel muss man kämpfen. Aber man kämpft für die Idylle der Insel. Sie steht für Amerika. Der Frontier-Mythos bricht an dem Punkt, wo er zur Eroberung und Erschließung der fremden Territoriums aufruft. Man erschließt nicht, man zivilisiert nicht, man erweitert nicht, sondern man igelt sich ein. Das Fremde und Unbekannte außerhalb der Insel eignet sich perfekt zur Projektion aller möglichen Gefahren und Versuchungen und wird deshalb eher gemieden – außer in den Fällen, in denen man der exotischen Versuchung erliegt.

Flagge, Nationalhymne, die Streitkräfte, der Präsident kämpfen für die heile Welt des demokratischen Amerika, das man auf seiner Insel seit frühester Kindheit erlebt hat und in das man von der Arbeit jeden Abend zurückkehrt. Alles was außerhalb der Insel liegt, wird mit an Paranoia grenzendem Misstrauen betrachtet. Überall scheinen Gefahren zu lauern. Das wird deutlich an den für europäische Verhältnisse grotesken Warnungen vor den Gefahren der Wüste auf gut befestigten Wegen oder der Warnung vor Tsunamis an den Küsten. Besonders ausgeprägt wird diese Wahrnehmung in den Städten. Man verriegelt das Auto von innen,

wenn man durch etwa abgerissenere Nachbarschaften fährt. Und zu Fuß wagt man sich nur in die kleinen sicheren Gebiete um die großen Einkaufszentren in der Innenstadt oder draußen in den Malls.

Politik außerhalb der Insel wird ganz analog je weiter sie von der Insel entfernt gemacht wird mit einer Mischung aus Desinteresse und Ablehnung wahrgenommen. Wo in Deutschland, etwa in Thüringen bei den Thüringenmonitoren, eine Politikverdrossenheit um die 20 % gefunden und heftig beklagt wird, nimmt die wahrgenommene Bedrohung durch das Big Government in Washington bei repräsentativen Umfragen der Firma Gallup (siehe Web-Page von Gallup April 2003) seit 1965 kontinuierlich zu und hat Ende der 90er Jahre die sechzig Prozent-Marke überschritten. Vor dem 11. September 2001 zeigten nur 16 % der Befragten ein reges Interesse für die Außenpolitik der USA. Das stieg seither auf 30% an, wird aber nach den Kriegen höchstwahrscheinlich wieder auf den niedrigen Wert zurückfallen. In Umfragen der Washington Post (siehe Web-Page der Washington Post vom April 2003, Polls) geben die Befragten zwar ein hohes Interesse an internationaler Politik an, aber über 50 % der Befragten kennen den amerikanischen Außenminister nicht, während der deutsche Außenminister bei der Sonntagsfrage in Deutschland regelmäßig höchste Werte erzielt und allen Befragten seit Jahren bekannt ist. Noch deutlicher wird dieses nur punktuelle Interesse an der internationalen Politik der USA in den Provinzzeitungen der USA. Es kommt nur die gerade gängige Krise vor und sie vor allem mit Geschichten über Personen, selten mit Hintergrundanalysen. Die Welt außerhalb des gerade drängenden Krisengebietes kommt überhaupt nicht vor. Eine kontinuierliche Berichterstattung über den Zustand der unterschiedlichen Regionen der Welt gibt es nur in den größten internationalen Zeitungen wie New York Times, Washington Post etc. Internationale Politik ist auch nur ausnahmsweise Gegenstand des Präsidentschaftswahlkampfes. Meist geht es dabei um Wirtschafts- und Innenpolitik. Die Wahlbeteiligung ist gering. Und selbst wenn es in den Parteiprogrammen Aussagen zur Außenpolitik gibt, ist der Präsident durch sie nicht gebunden. Auch gibt es keine Koalitionsvereinbarungen, mit denen in Europa die kleineren Parteien Innen- und Außenpolitik unter die scharfe Kontrolle des Koalitionspartners stellen. In Amerika erkaufte sich der Präsident seine Mehrheiten mit Konzessionen und Versprechungen an einzelne Mitglieder des Congresses. Ist ihm die Sache wichtig genug, bekommt er in aller Stille eine Mehrheit zusammen. Öffentliche Aufmerksamkeit und Kontrolle erhält die amerikanische Außenpolitik demnach nur ausnahmsweise. Normalerweise wird die den Geschäftsinteressen der in einer Region engagierten Industrie überlassen. So hat United Fruit jahrzehntelang halb Lateinamerika und die Ölkonzerne den mittleren und vorderen Orient regiert.

Wo diese Außenpolitik dann trotz aller Bemühungen öffentlich wahrnehmbar oder sogar zur richtigen Krise wird, gilt sie als Politik der Insel und so automatisch und bis zum Beweis des Gegenteils. So wird die kontinuierliche, praktische Außenpolitik den an ihr interessierten Geschäftskreisen überlassen

Außerhalb und zwischen den Inseln herrscht extreme Heterogenität und Konkurrenz. Die einheitliche Fassade der Tankstellen, Restaurantketten und immer gleichen Holzrahmenhäuser auf einheitlich kurz geschnittenem Rasen verdeckt die immensen Unterschiede, die es auf dem riesigen Gebiet der USA gibt. Die Farmer im Mittelwesten oder die Beschäftigten in der Holzindustrie des Nordwestens leben in einer völlig anderen Welt als die nur gebrochen Englisch sprechenden legalen und illegalen Einwanderer aus Lateinamerika im Südwesten, die Bewohner der schwarzen Ghettos oder die seit vielen Generationen Reichen, Schönen und Mächtigen im Nordosten der USA. In den großen Städten wird die Vielfalt bedrohlicher erlebt als sie tatsächlich ist. Häufig wird das Auto von innen verschlossen, sobald man die vertraute Insel verlässt. Nur kleine Teile des inneren Stadtgebietes werden als „safe“ (sicher) erklärt. Man legt sich selbst Beschränkungen auf und bewegt sich wie auf feindlichem Territorium. In dieser Wahrnehmung wird Amerika als stimmige und gültige Heimat mit der Insel gleichgesetzt, in der man unbedroht und harmonisch unter Gleichen und Gleichgesinnten lebt. Allem was außerhalb der Insel geschieht, begegnet man mit Misstrauen, Ablehnung oder Desinteresse. Dabei entsteht der seltsame Kontrast, dass dem Big Government in Washington das größte Misstrauen entgegengebracht wird, dass aber die Außenpolitik eben dieses Big Government in der Regel vorbehaltlos unterstützt wird. Dieses Paradoxon wird verständlich, wenn man sich die Inselperspektive vergegenwärtigt: In der Innenpolitik wird Big Government als Konkurrenz und Bedrohung erlebt. Politik und Bürokratie bedroht tatsächlich die Autonomie und Harmonie der Insel. Man will seine Angelegenheiten selbst regeln und sich so wenig wie möglich von der Politik hineinreden lassen. Außenpolitik hat dagegen in der Regel mit den Angelegenheiten der eigenen Insel nichts zu tun. Dabei gibt es keine Konkurrenz und keine Bedrohung. Außenpolitik repräsentiert vielmehr Amerika als Ganzes. Und das wird mit den idealen Zuständen der eigenen Insel gleichgesetzt, die weitgehend mit dem idealen Selbstbild der amerikanischen Demokratie übereinstimmen. Solange Außenpolitik keine Auswirkungen auf die Zustände der eigenen Insel hat, wird angenommen, dass die Regierung schon im Interesse Amerikas und damit dem der eigenen Insel handeln wird. Um die Details kümmert man sich nicht. Man glaubt, in einer idealen Demokratie zu leben, weil man die Zustände

außerhalb der Inseln weder kennt noch kennen will. Entsprechend will man auch nichts erfahren von einem nicht ganz so idealen Auftreten der USA in der Welt.

Auf diese Weise bleibt Außenpolitik den interessierten Kreisen überlassen, die aus der Außenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber einer Region oder einem Land etwas zu verlieren oder zu gewinnen haben. Wenn sich United Fruit in Mittelamerika durch die gewerkschaftliche Organisierung ihrer dortigen Billigarbeiter bedroht fühlt, interveniert die amerikanische Außenpolitik und kann mit allgemeiner Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung rechnen.

Überall auf der Welt ist Außenpolitik vor allem Wirtschaftsaußenpolitik. Man braucht nur die Zusammensetzungen von Regierungsdelegationen zu studieren. Doch in anderen Ländern, zum Beispiel Deutschland, steht die Außenpolitik unter viel stärker gesellschaftlicher Aufmerksamkeit und Kontrolle als in den USA. In Amerika kommt Außenpolitik in den Programmen der Demokratischen und republikanischen Partei kaum vor. In Deutschland ist sie von zentraler Bedeutung und wird in Koalitionsvereinbarungen zum Teil der festgelegten Regierungspolitik, die unter scharfer Kontrolle durch die Opposition öffentlich und kontrovers im Bundestag verhandelt wird. Der amerikanische Präsident muss sich an Festlegungen seiner Partei zur Außenpolitik überhaupt nicht halten. Es gibt keinen Fraktionszwang und keine Parteidisziplin. Man stimmt für oder gegen den Präsidenten je nachdem, was mehr Vorteil bei der eigenen Wählerschaft verspricht. Selbst wenn es sie geben sollte. Falls sich der Kongress überhaupt um außenpolitische Fragen außerhalb der zuständigen Ausschüsse kümmert, kann sich der Präsident in für ihn wichtigen außenpolitischen Fragen quasi zusammenkaufen, indem er genügend Senatoren und Kongressabgeordneten innenpolitische Vorteile bei ihrer Wiederwahl verschafft. Außenpolitik kann so entschieden werden, ohne dass sie selbst zum Gegenstand der allgemeinen politischen Debatte und der allgemeinen politischen Aufmerksamkeit wird.

In der amerikanischen Außenpolitik können sich demnach lokale Interessen einzelner Wirtschaftszweige viel leichter und mit sehr viel geringerer öffentlicher Kontrolle durchsetzen als etwa in Europa. Auch problematische Entwicklungen werden durch meisten Amerikanerinnen und Amerikaner sehr lange gedeckt, wenn der Präsident unabhängig von den tatsächlichen Motiven die patriotische Karte spielt, weil dann die Loyalität zur eigenen Insel in Frage steht. Und die wird nur dann hinterfragt, wenn die ersten Särge nach Hause kommen.

Diese Einsicht in die Funktionsweisen amerikanischer Politik macht die Bestrebungen der gegenwärtigen amerikanischen Regierung zugleich verständlicher und problematischer,

sich der Kontrolle durch internationale Verträge und Organisationen wie der UN in einem neuen Unilateralismus zu entziehen. Sie kann dann wirklich frei schalten und walten. Es muss daher das Ziel der europäischen und deutschen Politik sein, Amerika wieder in das System multilateraler Verpflichtungen, Bündnisse und Kontrolle einzubinden. Dies kann nur geschehen, wenn sich die amerikanische Administration davon einen Vorteil verspricht. Dieser Vorteil könnte entstehen, wenn deutlich gemacht werden könnte, dass die seit dem 11. September 2001 reale Bedrohung durch den internationalen Terror auf diese Weise effektiver abgewendet werden kann als durch eine Reihe unilateral durchgezogener Präventivkriege.

Quellen:

Gallup-Institute, Webpage im April 2003 mit Zugang zum Archiv.

Washington Post, Webpage on Tolls im April 2003.

US-Census Webpage US-Factfinder im April 2003..

Statistische Bundesamt, Webpage im April 2003.

Wagner, Wolf (1977): „USA – ein Land aus Inseln der Gleichheit und Happiness – Ein Erklärungsversuch zur Langlebigkeit der amerikanischen Alltagsideologie“ in: Leviathan _ Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jahrgang 5 Heft 1, S. 100-113.

Washington Post